

Für eine menschenwürdige Asylpolitik

Antragsteller*in: Johannes Rückerl (KV Regensburg-Stadt)
Tagesordnungspunkt: T Tagesordnung/Formalia
Status: Antrag mit Klärungsbedarf

Antragstext

- 1 In den letzten Wochen und Monaten haben sich die Debatten rund um die Themen
- 2 Migration und
- 3 Asyl in Deutschland und Europa stark verschärft: Teile der deutschen Parteienlandschaft
- 4 fordern immer härtere Maßnahmen gegen Geflüchtete. Dabei sind die meisten
- 5 Forderungen
- 6 realitätsfern, wirkungslos und purer Populismus.
- 7 Es muss klar gesagt werden: Das Recht auf Asyl gehört zu den universellen
- 8 Menschenrechten,
- 9 und einige der aufkommenden Forderungen würden diese klar verletzen. Wer am Recht
- 10 auf Asyl
- 11 rüttelt, höhlt das Fundament unserer Demokratie aus, missachtet eine der wichtigsten
- 12 Lehren
- 13 aus dem Zweiten Weltkrieg und spielt rechten Kräften in die Hände. Einer solchen
- 14 Diskursverschärfung treten wir entschieden entgegen und erwarten dies von allen
- 15 hauptamtlichen Grünen Politiker*innen. Die Bundesdelegiertenkonferenz fordert den
- 16 Bundesvorstand, die Mitglieder der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die GRÜNEN
- 17 sowie die
- 18 Grünen Minister*innen auf, zu Grünen Grundwerten und unseren Verbündeten in der
- 19 Zivilgesellschaft zu stehen und sich in der Asyldebatte rechten und
- 20 menschenverachtenden
- 21 Positionen entgegenzustellen.
- 22 Leider bleibt es in der deutschen und europäischen Debatte nicht bei bloßen
- 23 populistischen
- 24 Forderungen. Auch in konkreten Gesetzesvorhaben ist der europäische Rechtsruck zu
- 25 erkennen.
- 26 Das prominenteste Beispiel ist dabei der neue Reformvorschlag für das "Gemeinsame
- 27 Europäische Asylsystem" (kurz: GEAS), welcher eine enorme Asylrechtsverschärfung
- 28 bedeuten
- 29 und in Teilen das Recht auf Asyl in Europa faktisch abschaffen würde. Die Zustimmung
- 30 der
- 31 Grünen Minister*innen zu diesem Gesetzespaket war ein Fehler und ist mit Grünen
- 32 Grundwerten
- 33 unvereinbar.
- 34 Spätestens die Zustimmung zur sogenannten "Krisen-Verordnung", welche Teil des
- 35 GEAS-
- 36 Gesetzespakets ist und es Staaten an den EU-Außengrenzen im Zweifelsfall ermöglicht,
- 37 alle
- 38 nach Europa Flüchtenden an der Grenze über Wochen hinweg zu inhaftieren,
- 39 widerspricht
- 40 außerdem dem Koalitionsvertrag der Ampelregierung.

26 Wir Grüne dürfen diesen menschenrechts- und demokratieschädigenden Kurs nicht
weiter
27 mittragen. Deshalb setzt die Bundesdelegiertenkonferenz folgende **rote Linien** für
Grüne

28 Migrationspolitik:

- 29 • Die deutsche Zustimmung zum Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (kurz:
30 GEAS) muss
zurückgenommen werden, wenn in den Verhandlungen keine klaren
31 Verbesserungen
erreichbar sind oder gar weitere Abschwächungen von Menschenrechtsstandards
32 hinzukommen.
- 33 • Eine Ausweitung des Status "sicheres Herkunftsland" auf weitere Staaten ist mit
34 Grüner
Beteiligung undenkbar.
- 35 • Eine Auslagerung der europäischen Migrationspolitik in Drittstaaten,
36 beispielsweise
37 nach dem Vorbild des britischen Abkommens mit Ruanda, darf es mit deutscher
Beteiligung nicht geben.
- 38 • Bundespolitische Haushaltskürzungen bei Migrationsberatung, Integrationskursen
und
39 psychosozialer Beratung für Geflüchtete müssen gestoppt werden.

40 Von der Bundesregierung erwarten wir eine **konstruktive Migrationspolitik**. Dazu
gehört in
41 unseren Augen:

42 ...auf bundespolitischer Ebene:

- 43 • Es braucht langfristige und verlässliche Vereinbarungen. Kommunen, die
44 Geflüchtete
aufgenommen haben, werden deutlich mehr finanzielle Mittel zur Verfügung
gestellt. In
45 Anlehnung an die 2015 vom Bund an die Länder ausgezahlten Pauschalen sollten
dies mit
46 Rücksicht auf inflationsbedingte Mehrausgaben mindestens 1000 Euro monatlich
pro
47 aufgenommenen Person sein. Außerdem wird die Vorhaltung von
Aufnahmekapazitäten in
48 Kommunen über eine Vorhaltepauschale ermöglicht.
- 49 • Geflüchtete erhalten ab dem ersten Tag in Deutschland das Recht, einer
Erwerbsarbeit
50 nachzugehen. Dies ermöglicht ihnen, ein neues Leben aufzubauen und entlastet
Staat und
51 Kommunen. Der "Spurwechsel" (also die Möglichkeit, aufgrund einer Anstellung

einen

52 Aufenthaltstitel zu erhalten) wird weiter vereinfacht.

- 53 • Alle Geflüchteten durchlaufen sofort einen „Rechtskreiswechsel“ (das heißt:
54 Absicherung nach dem Sozialgesetzbuch statt nach dem
55 Asylbewerber*innenleistungsgesetz). Dies hat im letzten Jahr im Fall der
56 Geflüchteten aus der Ukraine die Kommunen stark entlastet. Die sozialrechtliche Gleichstellung
57 und der freie Zugang zum Gesundheitssystem entlasten auch die Sozial- und
58 Ausländerbehörden und senken die Kosten für Kommunen.
- 59 • Analog zu den Regelungen, die für ukrainische Geflüchtete gelten, erhalten auch
60 Menschen aus anderen Herkunftsstaaten die Möglichkeit, ihren Unterkunftsort in
61 Deutschland frei zu wählen. Auch das entlastet die Kommunen ebenso wie die
62 Geflüchteten, da es ihnen ermöglicht, bei Verwandten unterzukommen. Für
63 diejenigen, die keine Unterkunft selbst organisieren können, ist eine dezentrale Unterbringung
64 zu bevorzugen. Das Konzept der sogenannte AnKER-Zentren muss, wie im
65 Koalitionsvertrag beschlossen, abgeschafft werden.
- 66 • Die finanzielle Unterstützung privater Seenotrettung durch den Bund wird
67 ausgeweitet. Diese Mittel werden, wie im Haushaltsausschuss des Bundestags 2022
68 beschlossen, durch die Organisation "United4Rescue" an die NGOs verteilt.

69 ... auf europäischer Ebene:

- 70 • Wir fordern die Ausarbeitung eines fairen und menschenwürdigen europäischen
71 Asylsystems, in dem die Menschenrechte klar gewahrt werden, Sicherheit und
72 Schutz sowie echte Chancen für Geflüchtete geschaffen und Geflüchtete verbindlich
73 solidarisch auf die EU-Mitgliedsstaaten verteilt werden.
- 74 • Wir fordern ein staatliches Seenotrettungsprogramm entlang der Fluchtrouten im
75 Mittelmeer, mit der eindeutigen Aufgabe, Menschen aus Seenot zu retten, um
76 weitere Tote zu vermeiden.

77 Sollten die gesetzten roten Linien und eine konstruktive Migrationspolitik, welche sich
78 an diesen Forderungen orientiert und Menschenrechte achtet, in dieser
79 Regierungskoalition nicht umsetzbar sein, fordert die Bundesdelegiertenkonferenz die Mitglieder der
80 Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die GRÜNEN sowie die Grünen Minister*innen auf, die Ampelkoalition
81 zu verlassen.

- 82 Grüne Politik darf nicht Rechtsextremen und Populist*innen folgen, sondern muss mutig und
83 klar für Grüne Werte und für Menschenrechte eintreten.

Begründung

erfolgt mündlich

weitere Antragsteller*innen

Phil Piro (KV Regensburg-Stadt); Oliver Groth (KV Regensburg-Stadt); Helene Sigloch (KV Regensburg-Stadt); Elli Wolf (KV Amberg-Sulzbach); Stefan Christoph (KV Regensburg-Stadt); Daniel Wedekind (KV Regensburg-Stadt); Monir Shahedi (KV Regensburg-Stadt); Burkard Wiesmann (KV Regensburg-Stadt); Umut Sahverdi (KV Nürnberg-Stadt); Wiebke Richter (KV Regensburg-Stadt); Christina Fichtner (KV Regensburg-Stadt); Daniela Stelzer (KV München); Nicolas Muje (KV Regensburg-Stadt); Gorden Isler (KV Hamburg-Nord); Mirjam Körner (KV Bayreuth-Stadt); Lucia Babac (KV Regensburg-Stadt); Carla Ober (KV Erlangen-Stadt); Martin Borkamm (KV Regensburg-Stadt); Nikola Heidi Diem (KV Regensburg-Stadt); sowie 128 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.